

Berlin: Brandbrief einer Polizistengattin

von Stefan Schubert

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 43/2016

In Berlin bricht die Innere Sicherheit zusammen. Die Gewerkschaft der Polizei verbreitet dazu derzeit den offenen Brief einer Polizistengattin an den Berliner Polizeipräsidenten *Klaus Kandt*.

Der Brief zeigt auf, wie heruntergewirtschaftet die Zustände innerhalb der Polizei tatsächlich sind. Längst sind nicht nur die eingesetzten Beamten Opfer dieser Politik, sondern auch deren Ehefrauen und Kinder.

Nachfolgend einige Auszüge aus dem Brief:

- ◆ *»Mein Mann arbeitet durch das aktuelle Arbeitszeitenmodell und die Unterbesetzung pausenlos durch. Unser fragwürdiger Rekord liegt bei sieben Wochen am Stück, ohne auch nur einen freien Tag! Zudem sind es durchweg zehn und zwölf Stunden Schichten, Überstunden nicht mitgerechnet. Ist ein freier Tag möglich, passiert es immer häufiger, dass doch ein Dienst übernommen werden muss oder er in die AHu (Alarmhundertschaft) einberufen wird. Arbeitszeiten, Verpflegung, Gefahrenpotenzial sind dort oft unbekannt. Wir haben ein kleines Kind, und ich bin inzwischen quasi alleinerziehend. Der Bevölkerung sind die Zustände wenig bewusst, den Medien sind sie kaum einen Bericht wert. Besonders ungläubig sind die Blicke, wenn ich erzähle, dass mein Mann — hochstudiert wie ich — brutto weniger verdient als ich mit meiner 75-Prozent-Stelle bei einem kleinen, gemeinnützigen Verein. (...) Ich kenne Hämatome an allen Körperstellen in unterschiedlicher Schwere, ich kenne Stauchungen und Quetschungen. Ich kenne die Ungewissheit, wenn nach Anspucken und Beißen auf die Entwarnung des Arztes gewartet wird. Ich habe Reste von Toten aus der Uniform gewaschen, ich habe das Blut meines Mannes aus der Uniform gerieben. Die Zustände machen mich wütend, und sie machen mich traurig. Manchmal wünschte ich, mein Mann hätte diesen Beruf nie gewählt.«*

► Massen von Polizisten wollen weg

Wie es um die Stimmung in der Berliner Polizei bestellt ist, kann man wohl kaum besser als mit diesem Brandbrief verdeutlichen. Eine Bestätigung erfährt diese Beschreibung durch einen weiteren internen Vorgang, der ebenfalls publik wurde.

- Demnach haben mehrere hundert Berliner Polizisten einen Versetzungswunsch eingereicht. Die meisten wollen zur Bundespolizei. Aber auch Verfassungsschutzbehörden und Polizeidienststellen anderer Bundesländer werden in den Versetzungsanträgen genannt.

Die Schockwellen innerhalb der 16.500 Stellen umfassenden Berliner Polizeibehörde waren so groß, dass sich der Chef der Berliner Sicherheitsbehörde, *Klaus Kandt* (56), genötigt sah, ebenfalls einen Brandbrief an alle Mitarbeiter zu verschicken.

Doch sein Brandbrief ging nach hinten los, denn er ist ein einziger sicherheitspolitischer Offenbarungseid. Die Gewalt und die Kriminalität, die No-Go-Areas der

Araberclans und die desaströsen, von der Politik verschuldeten Zustände auf Berlins Straßen und innerhalb der Polizei sind verheerend. Berliner Polizisten haben dermaßen die Nase voll, dass sie nur noch weg wollen. Getreu dem Motto: *Rette sich, wer kann.*

Die Polizisten haben das Vertrauen in ihre politische Führung verloren. Und nun steht ihnen nach den Landtagswahlen auch noch eine Rot-Rot-Grüne Führung bevor, die nicht etwa die Gewalt der Antifa und der linksextremen Steinewerfer bekämpfen will, sondern sich mit solchen Kriminellen gemeinsam auf Demonstrationen zeigt.

Klaus Kandt steht nun vor diesem Scherbenhaufen. Er formuliert es anders:

- *»Ich stehe in der Verantwortung, die Funktionsfähigkeit der Polizei aufrechtzuerhalten.«* Er sehe sich *»gegenwärtig mit zahlreichen Versetzungsanträgen ... konfrontiert«* schreibt er weiter.

Welche Gründe die Flucht von hunderten Beamten ausgelöst haben, das verschweigt er in seinem Offenbarungseid. Ein ranghoher Polizist spricht dagegen Klartext, natürlich anonym:

- *»Wir schieben Überstunden vor uns her. Die Arbeitsbelastung wird ständig erhöht, die Besoldung ist mager. Und Ehen gehen darüber in die Brüche. Für die Kollegen auf den Abschnitten ist es besonders schlimm.«* Mit Abschnitten sind die Straßen Berlins gemeint.

Kandt will diese Beamten nicht ziehen lassen. Schließlich müssen der ehemalige und der zukünftige Dienstherr dem Versetzungswunsch zustimmen. Also ist jeder versetzungswillige Beamte auf einen Tauschpartner angewiesen. Tauschversetzung heißt dieses Prozedere im Beamtendeutsch.

► **Man behandelt sie wie Sklaven**

Es gab aber schon die ersten Übernahmen durch die Bundespolizei ohne einen entsprechenden Tauschpartner für die Berliner Polizei. Die Senatsverwaltung hat sich deshalb sofort beim Bundesinnenminister darüber beschwert. Man will den Polizisten Steine in den Weg legen. Das kommt bei den Polizisten gar nicht gut an, wie ein Personalrat verärgert kommentiert:

- *»Man behandelt uns wie Sklaven, so lassen wir nicht mit uns umgehen. Man verbaut den Kollegen die Karriere und verhindert privates Glück. So werden und bleiben wir kein attraktiver Arbeitgeber.«*

Klaus Kandt schaltet dagegen auf stur:

- *»Die Abkehr von dem Prinzip der Tauschversetzung ist für mich deshalb inakzeptabel.«*

Das Rückzugsgefecht kann der Berliner Polizeichef nicht gewinnen. Es gibt auch eine andere Möglichkeit des Wechsels. Viele meiner früheren Kollegen und auch ich selbst haben das bei unserem damaligen Wechsel von der Bundespolizei zur Landespolizei praktiziert: Man kündigt seinen Job und den Beamtenstatus, überbrückt ein Jahr *»Beamten Sperre«* und kann sich dann *»neu«* bei jeder Polizeibehörde bewerben. Dann wird man automatisch in seinen alten Dienstrang übernommen.